

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen**

**vom 30. November 2023**

**– Drucksache 17/5932**

### **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen COM(2023) 528 final (BR 539/23)**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. November 2023 –  
Drucksache 17/5932 – Kenntnis zu nehmen.

24.1.2024

Die Berichterstatterin:

Sarah Schweizer

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

#### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Finanzen, Drucksache 17/5932, in seiner 28. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 24. Januar 2024. Im Rahmen dieser Beratung erfolgte auch die Aussprache über die Mitteilungen Drucksachen 17/6013 und 17/6076. Vorberatend hatte sich der Ausschuss für Finanzen mit diesen Mitteilungen befasst und empfohlen, von den Mitteilungen Kenntnis zu nehmen.

Abg. Michael Joukov GRÜNE brachte vor, die drei in Rede stehenden EU-Vorhaben fielen zwar alle ins gleiche Ressort, gingen aber in unterschiedliche Richtungen. Daher belasse er es bei einigen allgemeinen Bemerkungen.

Es sei richtig, auch in finanzrelevanten Bereichen Vereinheitlichungen anzustreben. Gleichzeitig müsse ernst genommen werden, wenn die Ministerien, die mit dem unmittelbaren Vollzug befasst wären, über zusätzliche Aufgaben klagten. Es sei bekannt, dass gerade sehr viel in der Pipeline sei. Grundlegend werde die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zwar bejaht, aber das Ausmaß des Eingriffs kritisch gesehen.

Ausgegeben: 22.2.2024

Der EU-Verordnungsvorschlag, der Gegenstand der Mitteilung Drucksache 17/6013 sei, leiste einen Beitrag zur Entbürokratisierung und zur Erleichterung, indem er die Tiefe der Befassung anpasse.

Alle drei EU-Vorhaben zusammen bewegten sich aber in der ewigen Balance zwischen der Intention, durch neue Rechtsinstrumente bessere Regelungen zu finden, und den Schwierigkeiten in der Praxis, die Regelungen mit wenig Personal und ohne weitere Bürokratie auch umzusetzen. Das neu einzupendeln sei das tägliche Geschäft der Politik.

Zu den Details verweise er auf die Stellungnahmen des Finanzausschusses.

Abg. Sarah Schweizer CDU legte dar, die vorgeschlagenen EU-Regelungen betreffen den Finanzrahmen. Es gehe auch um Vereinheitlichungen für kleine und mittlere Unternehmen. Eine Vereinheitlichung sollte aus ihrer Sicht aber eine gemeinsame Plattform schaffen, sie sollte Bürokratie abbauen und nicht aufbauen. Insofern wäre bei allen drei Vorschlägen das Petitum der CDU-Fraktion, dass noch einmal sehr genau geprüft werde, inwiefern hier tatsächlich Bürokratie abgebaut werde. Der Fokus müsse auf dem Abbau von Bürokratie liegen. Es sollten nicht neue Pflichten geschaffen werden.

Abg. Nicolas Fink SPD zeigte auf, hier sei zu differenzieren. Die kritischen Anmerkungen träfen auf die Mitteilungen Drucksachen 17/5932 und 17/6076 durchaus zu. Bei der Mitteilung Drucksache 17/6013 sei das anders.

Im Übrigen hielt er die Formulierung in den Berichtsbögen der Landesregierung zu den Mitteilungen Drucksachen 17/5932 und 17/6076, dass die Vorschläge zur Unzeit kämen, wobei das Wort „Unzeit“ sogar noch unterstrichen worden sei, für unangebracht. Es werde argumentiert, dass die Finanzverwaltung ohnehin schon komplett ausgelastet sei. Als Parlamentarier habe er genügend Selbstbewusstsein, selbst zu entscheiden, wann der richtige Zeitpunkt für Vorschläge in der Politik sei. Dann dürfe die Administration gern sagen, was sie daran störe. Die Bewertung, die Vorschläge kämen zur Unzeit, weil es kein Personal gebe, bedeute in letzter Konsequenz, dass alle in den nächsten drei Jahren keine Politik mehr machen könnten, weil sich die derzeitige Situation so schnell sicherlich nicht ändern werde. Er bitte daher darum, dass bei der Formulierung etwas mehr Sensibilität gegenüber selbstbewussten Abgeordneten an den Tag gelegt werde.

Abg. Alena Fink-Trauschel FDP/DVP bemerkte, den EU-Vorschlag der Mitteilung Drucksache 17/6013 sehe sie unkritisch. Diesen könne sie unterstützen. Bei den EU-Vorhaben der Mitteilungen Drucksachen 17/5932 und 17/6076 befürchte sie dagegen, dass neue Bürokratiemonster aus Brüssel kämen. Das sollte vermieden werden, vor allem vor dem Hintergrund, wie viel Bürokratie in den letzten Jahren neu dazugekommen sei. Nicht nur die Finanzverwaltung, sondern auch die Unternehmen seien aktuell mehr als ausgelastet. Daher sehe sie diese beiden EU-Vorschläge sehr kritisch. Darüber, ob es sich hier wirklich um Vereinfachungen handle, könne trefflich gestritten werden.

Vorsitzender Willi Stächele regte an, der Ausschuss sollte im November auf seiner Brüsselreise bei einem Treffen mit den neuen EU-Parlamentariern über das Thema Bürokratieabbau diskutieren.

Im Übrigen sei zu überlegen, ob der Europaausschuss im Winter eine gemeinsame Sitzung zu europäischen Themen mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie dem Ausschuss für Finanzen durchführe.

Abg. Emil Sänze AfD äußerte, er schließe sich zum ersten Mal vollständig den Empfehlungen der Regierung an. Diese warne vor Bürokratieaufbau und Belastung für die KMUs. Häufig bedeute Deregulierung eine überbordende Regulierung. Da müsse die Aufmerksamkeit auf schlanke Prozesse gelenkt werden. Ob das in dieser Legislaturperiode gelinge, bezweifle er. Er sei auch nicht so optimistisch, dass er davon ausgehen würde, dass der Ausschuss in Brüssel auf die hier aufgeworfenen Fragestellungen schon Antworten bekomme.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/5932 Kenntnis zu nehmen.

21.2.2024

Schweizer

**Empfehlung und Bericht****des Ausschusses für Finanzen  
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. November 2023  
– Drucksache 17/5932****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;  
hier: Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems für Kleinstunter-  
nehmen, kleine und mittlere Unternehmen  
COM(2023) 528 final (BR 539/23)****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 30. November 2023 –  
Drucksache 17/5932 – Kenntnis zu nehmen.

18.1.2024

Der Berichterstatter:

Emil Sänze

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

**Bericht**Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/5932 in seiner  
36. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 18. Januar  
2024.Ein Abgeordneter der Grünen äußerte, er teile im Wesentlichen die kritische Be-  
wertung des EU-Vorhabens durch die Landesregierung. Demnach bedürfe es noch  
der Prüfung, inwieweit das Vorhaben zu Gestaltungsmissbräuchen und Wettbe-  
werbsverzerrungen führen könne.Unabhängig davon sehe das EU-Vorhaben eine wesentliche Neuerung in der eu-  
ropäischen Zusammenarbeit vor. Würde das Vorhaben auf europäischer Ebene so  
beschlossen und in nationales Recht umgesetzt, könnten EU-Mitgliedsstaaten für  
andere EU-Mitgliedsstaaten Steuern erheben. Nach seiner Kenntnis bestehe diese  
Möglichkeit im Umsatz- und Ertragsteuerrecht bislang nicht. Falls dies aber der  
Fall sein sollte, bitte er um Klarstellung.Jährlich entstünden auf EU-Ebene durch Umsatzsteuerkarusselle finanzielle Schä-  
den von mehreren Milliarden Euro. Dies komme jedoch nur zustande, weil sich  
die EU-Staaten untereinander misstrauten, was die Erhebung von Umsatzsteuer  
anbetreffe. Die Einführung der Möglichkeit, dass ein EU-Mitgliedsstaat für einen  
anderen EU-Mitgliedsstaat Umsatzsteuer erhebe, fände er daher grundsätzlich sehr  
erstrebenswert. Dieses Ansinnen sollte – unabhängig von den kritikwürdigen In-  
halten des vorliegenden Vorschlags – weiterverfolgt werden.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 17/5932 zu empfehlen.

24.1.2024

Sänze